



Wiener zur Carbon Farming-Strategie: Klimaschutz verkommt zum Geschäftsmodell

EU-Vorschlag zur Kohlenstoffspeicherung unterstützt Greenwashing. Die Landwirtschaft kann nicht die Emissionsschulden fossiler Unternehmen ausgleichen, warnt Wiener.

Brüssel, 1. Dezember. Carbon Farming, also die Kohlenstoffspeicherung in der Landwirtschaft, steht in Brüssel gerade hoch im Kurs. Kein Wunder, ist die Landwirtschaft doch für ein Drittel der weltweiten Emissionen verantwortlich. Zugleich haben Grünland und Moore große Speicherkapazitäten – und die sollen nun genutzt werden. Die gestern veröffentlichte Strategie der Kommission lässt allerdings in einigen Punkten zu wünschen übrig.

Sarah Wiener, Grüne Abgeordnete im EU-Parlament und Mitglied des Agrarausschusses kommentiert: „Entscheidend ist, Kohlenstoffspeicherung im Boden nicht mit Humusaufbau gleichzusetzen. Wenn ich Biokohle in meinen Acker einarbeite, dann hat das womöglich sogar schädliche Auswirkungen, während vielfältige Fruchtfolgen und natürliche Gründüngung die Bodenfruchtbarkeit erhöhen. Letzteres muss gefördert werden, ebenso wie bodengebundene Tierhaltung. Grünland speichert 34 Prozent des terrestrischen Kohlenstoffs. Kühe auf die Weide zu treiben hat deshalb ganz andere Folgen für die Emissionsbilanz, als sie im Stall zu halten. **Wenn es um Kohlenstoffspeicherung geht, müssen wir unser landwirtschaftliches System in seiner Gesamtheit hinterfragen. Ohne einen Wandel wird es nicht gehen.**“

Aber nicht nur das kommt im Vorschlag der Kommission zu kurz. Auch in Sachen Finanzierung bleibt der Entwurf schwammig. Neben öffentlichen Zertifizierungssystemen sollen auch private zugelassen werden. Das öffnet Tür und Tor für Emissionshandel in der Landwirtschaft.

Das sollte aber nicht Sinn der Sache sein, kommentiert Sarah Wiener. „Es wäre Aufgabe der Kommission gewesen, zu verhindern, dass Carbon Farming von fossilen Unternehmen als Ausrede genutzt wird, um sich billige Kompensationsgutschriften zu kaufen. **Die Speicherung von Kohlenstoff ist nicht nur ein Geschäftsmodell, sondern entscheidender Bestandteil einer nachhaltigeren Landwirtschaft.** Diese ganzheitlichen Betrachtungen fehlen im Vorschlag der Kommission, das ist ernüchternd.“

Rückfragehinweis:

Ludmilla Reisinger

Pressesprecherin Sarah Wiener, MdEP
ludmilla.reisinger@la.europarl.europa.eu
+43 660 3213732